

Entschlossen gegen Hass und Hetze –

Einigkeit und Solidarität: Für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden sowie des jüdischen Lebens in Baden-Württemberg und gegen Antisemitismus

28. November 2023

Gemeinsame Erklärung
des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“

Der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ unter Vorsitz des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen mit seinen Mitgliedern, dem Staatsministerium, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sowie dem Ministerium der Justiz und für Migration, verurteilt die abscheulichen und menschenverachtenden terroristischen Angriffe der Hamas auf den Staat Israel und auf die in Israel lebenden Menschen aufs Schärfste. Die historische Verantwortung für das Existenzrecht sowie die Sicherheit Israels und seiner Bürgerinnen und Bürger sind Teil der Staatsräson Deutschlands. Baden-Württemberg steht auf dieser Grundlage solidarisch an der Seite Israels.

Die Mitglieder des Kabinettsausschusses sind sich der gemeinsamen Verantwortung auch für die in Baden-Württemberg lebenden Jüdinnen und Juden bewusst. Es ist unser gemeinsames Bestreben und unser moralischer und politischer Imperativ, jegliche Form von antisemitischen Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalttaten gegen Jüdinnen und Juden, aber auch gegen israelische und jüdische Einrichtungen und Symbole zu verhindern. Bei begangenen Straftaten ermitteln wir konsequent und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln, um diese zu ahnden. Gleichzeitig haben wir auch Maßnahmen der Prävention und des Opferschutzes im Blick. Dies gilt gleichermaßen für Straftaten in der analogen wie digitalen Welt. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Es darf weder ein Rückzugsraum noch ein Multiplikator für die Verbreitung von Hass und Hetze gegen Israel oder Jüdinnen und Juden sein.

Weiteres gemeinsames Ziel unserer Anstrengungen ist und bleibt es, Vorurteile abzubauen, Bildung zu fördern und Bewusstsein für die historischen und kulturellen Beiträge der jüdischen Gemeinschaft zu schärfen. Dies stellt gleichzeitig eine gesamtgesellschaftliche und fortwährende Aufgabe dar. Hierfür betrachten wir den Zweiten Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus als wichtige Richtschnur.

Diese gemeinsame Erklärung unterstreicht unser Engagement für eine Gesellschaft, die von Toleranz, Respekt und Vielfalt geprägt ist. Wir stehen vereint gegen jede Form des Antisemitismus und setzen uns für eine Zukunft ein, in der alle Menschen ohne Furcht vor Diskriminierung und Hass leben können.